

aufstieg. Dulewicz zeichnet ein differenziertes Bild von der deutschen Vorkriegsbevölkerung und geht auch auf Spannungen zwischen polnischer Zivilverwaltung und Roter Armee ein. Das Thema der Vertreibung und Zwangsaussiedlung der deutschen Bevölkerung wird in allen hier präsentierten Berichten nur oberflächlich behandelt. So wird meist nur andeutungsweise auf deren Leid eingegangen oder nur kurz auf freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschen und Polen hingewiesen. Für H. lässt sich dies sowohl mit einem persönlichen Schamgefühl als auch durch eine Form der Selbstzensur erklären, die den Vf. trotz des liberaleren politischen Klimas geboten erschien. Überdies finden sich in den Memoiren Einsprengsel der offiziellen Propaganda, die in ihrem Pathos in merklichem stilistischen Gegensatz zum Rest der jeweiligen Dokumente stehen. Dennoch internalisierten die Zeitzeugen einige dieser Narrative, wie das der „Wiedergewonnenen Gebiete“, scheinbar ohne kritische Reflexion. Zugleich findet sich in den Wettbewerbsbeiträgen auch Distanz zu den offiziellen Erzählweisen. So berichtet die aus der Lemberger Region stammende Izabela Grdeń, dass man den Einwohnern ihrer Heimatstadt anbot, nach Polen zu fahren, wobei sie „nach Polen“ in Anführungszeichen setzt (S. 65).

Auf diese teils feinen Unterschiede weist H. pointiert in ihrer Einleitung hin. Gleichzeitig kommentiert sie die einzelnen Ego-Dokumente kompakt und zeigt deren zentrale Beobachtungen auf. Ergänzt werden die Ausführungen der Hrsg. und die Zeitzeugenberichte durch umfangreiches, mit Anmerkungen versehenes Bildmaterial am Ende jedes Berichtes, welches das Leben in den polnischen Westgebieten in den 1940er Jahren zeigt. Dank der umfangreichen Erläuterungen, die Nutzen und Grenzen der Aufzeichnungen benennen, ist die vorliegende Quellensammlung als Bereicherung sowohl für die Forschung als auch für die interessierte Öffentlichkeit zu betrachten. Für die Zukunft wünschenswert wäre eine ähnliche Edition, die auch den nördlichen und südlichen Teil der polnischen Westgebiete in den Blick nimmt.

München

Matthias E. Cichon

Jenseits von Aufrechnung und Verdrängung. Neue Forschungen zu Flucht, Vertreibung und Vertriebenenintegration. Hrsg. von Matthias Stickler. (Historische Mitteilungen: Beihefte, Bd. 86.) Steiner. Stuttgart 2014. 204 S. ISBN 978-3-515-10749-5. (€ 44,-)

Der Band fasst – um drei Beiträge erweitert – Vorträge einer Tagung zusammen, die von der Ranke-Gesellschaft 2008 in Würzburg veranstaltet worden ist. Er enthält zehn Aufsätze – acht von deutschen, zwei von polnischen Autoren. Man hätte sich dieses Verhältnis ausgewogener gewünscht, um der These des Hrsg. besser gerecht zu werden, dass „viele junge Polen, die heute in den früheren deutschen Ostgebieten leben und deren Vorfahren nach 1945 dort zum Teil als Vertriebene ankamen, sich heute sehr engagiert mit der Geschichte ihrer Heimat [...] auseinandersetzen, aber auch nach der verlorenen Heimat ihrer Vorfahren fragen“ (S. 14).

Der Einleitungstext von Eva Dutz ist Wenzel Jaksch, dem sudetendeutschen Sozialdemokraten und Vertriebenenpolitiker, gewidmet, dessen Beharren auf dem „Heimatrecht“ der Vertriebenen ihn insbesondere Mitte der 1960er Jahre in Opposition zur auf Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn orientierten außenpolitischen Linie der SPD brachte. Nach seinem Unfalltod 1966 sei Jaksch als „unzeitgemäßer Sozialdemokrat“ recht schnell von seiner Partei vergessen worden. Dieser Beitrag steht an hervorgehobener Stelle im Tagungsband – die Platzierung dient gewissermaßen als Ausgleich dafür, dass die sudetendeutschen Probleme gegenüber denen der polnischen Vertreibungsgebiete in vorliegendem Band eine geringere Rolle spielen. Dem eher auf eine politische Biografie zielenden Jaksch-Beitrag stellt Matthias Stickler eine Biografie Herbert Czajas zur Seite. Er versucht dieser komplizierten Persönlichkeit gerecht zu werden. Dabei zeigt sich, welchen Balanceakt der Bund der Vertriebenen (BdV) unter Czajas Ägide zwischen Akzeptanz der Ostverträge und dem „Recht auf Heimat“ vollführt hat. Dass die bedingungslose Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze von Czaja als persönliche Niederlage erlebt worden ist, wird

nachvollziehbar. Ob sich jeder Leser dem Urteil St.s anschließen wird, es sei ungerecht, Czaja „wegen seiner unbequemen Prinzipienfestigkeit als reaktionären Revanchisten abzustempeln“ (S. 62), bleibt für die Rezensentin eine offene Frage.

Detailliert beschreibt die Historikerin Małgorzata Świder die „Entgermanisierung Oberschlesiens“: Zwischen 1945 und 1947 verließ die deutsche Bevölkerung teils freiwillig ihre Heimat Richtung Westen, teils wurde sie zum Bleiben animiert, „um die Wirtschaft intakt zu halten“ (S. 70). Die polnischen Behörden starteten eine Verifizierungskampagne, in der sich Schlesier als polnische Staatsbürger bekennen und im Land bleiben konnten. Die zweite Welle der „Entgermanisierung“ (1947-1950) sei Ergebnis der veränderten politischen Großwetterlage sowie Abwehrreaktion gegenüber einer sich etablierenden deutschen Minderheit gewesen. Ś. stellt dar, wie den „Deutschen“ ihre Identität auch mithilfe einer Polonisierung der Eigennamen genommen worden sei – ein lesenswerter Aufsatz, der einerseits antipolnische Ressentiments in Deutschland erklärt, andererseits polnische Ängste vor dem mächtigen Nachbarn im Westen verständlich macht.

Andreas Kosserts Aufsatz „Kalte Heimat“ wird am Thema „Flucht und Vertreibung“ Interessierte an die gleichnamige Schrift von 2008 erinnern. Ob jeder Leser der Forderung zustimmen kann, die aus den historischen deutschen Ostgebieten Vertriebenen „endlich als Opfer zu begreifen, die nicht nur unter Flucht, Vertreibung und Heimatverlust gelitten haben, sondern vor allem auch von ihren deutschen Landsleuten wie Aussätzige behandelt wurden“ (S. 97), sei dahingestellt; kann doch von einer generellen Diffamierung der Flüchtlinge in der neuen „Heimat“ so nicht die Rede sein.

Auf einen interessanten Bereich deutsch-deutscher Kontroversen kommt Christian Lotz in seinem Aufsatz über die Landsmannschaft Schlesien zu sprechen. In der SBZ/DDR zunächst als ein auf Grenzrevision hoffender „Revanchistenverband“ unter Generalverdacht gestellt, habe die Landsmannschaft Schlesien einen Wandlungsprozess vollzogen, für den Lotz vier Faktoren verantwortlich macht: erstens die zunehmende Integration der Vertriebenen in der neuen Heimat. Zweitens wurden Hoffnungen auf Rückkehr schon zehn Jahre nach Kriegsende unrealistisch, da drittens bei den westlichen Verbündeten die Revision der deutschen Ostgrenzen keine Option mehr dargestellt habe, und viertens rückte die juristische Abrechnung mit deutschen Kriegsverbrechern die Vorgeschichte von Flucht und Vertreibung ins öffentliche Bewusstsein.

Mit der fünfzigjährigen Geschichte des BdV setzt sich Matthias Finster auseinander und kommentiert die veränderte Akzentsetzung und den schwindenden politischen Einfluss des Bundes seit den 1980er Jahren: „Daher wurde eine Aufgabe benötigt, die dem BdV eine neue Legitimation gab, sich weiterhin als einflussreicher und zukunftsfähiger Verband zu präsentieren“ (S. 151). Das ist offenbar mit der Forderung nach einem Zentrum gegen Vertreibungen gelungen. Ob es opportun ist, den tschechischen und polnischen Nachbarn „mehr Gelassenheit im Umgang mit den Vertriebenenverbänden“ (S. 154) anzuraten, sei dahingestellt. Jan Piskorski schreibt über „Zwangsmigration im Kontext des Zweiten Weltkriegs“ und thematisiert Rachegeleüste der autochthonen Bevölkerung nach der militärischen Niederlage der deutschen Besatzer Osteuropas sowie von einer allgemeinen Verrohung, die auch jene zu spüren bekamen, die nicht zu den Tätern gehört hatten.

Mit dem posthum publizierten Aufsatz des Vorsitzenden der Ranke-Gesellschaft, Michael Salewski, endet der Band. Er stellt einen ganz eigenen Diskussionsbeitrag zum Thema „Zeitzeugenbericht versus Geschichtswissenschaft“ aus der Feder des in Königberg geborenen Historikers dar. Sein Credo: „Da alle Geisteswissenschaft per definitionem des Geistes nur subjektiv sei kann, wäre es unsinnig, das Subjekt auszublenden, und umso mehr, als dieses Subjekt sich immer automatisch selbst bespiegelt“ (S. 177). Die eigene Biografie befragend, kommt er zu dem Schluss, dass gerade Heimatvertriebene überzeugte Europäer der ersten Stunde geworden seien; eben weil sie „in eigener Scholle nicht verwurzelt waren“ (S. 193).

Insgesamt liest man den Band mit Gewinn; nicht immer mit Zustimmung. Aber gerade in der Vielfalt der Stimmen und Meinungen zeigt sich das Unabgeschlossene dieses Themas.

Plzeň

Elke Mehnert

Ordnung und Sicherheit, Devianz und Kriminalität im Staatssozialismus. Tschechoslowakei und DDR 1948/49-1989. Hrsg. von Volker Zimmermann und Michal Pullmann. (Bad Wiessee Tagungen des Collegium Carolinum, Bd. 34.) Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen 2014. VI, 420 S., graph. Darst. ISBN 978-3-525-37308-8. (€ 69,99.)

Der Sammelband geht auf eine Jahrestagung des Collegium Carolinum zurück, die vom 3. bis 6. November 2011 in Bad Wiessee stattgefunden hat. Die achtzehn Beiträge bieten ein breites Panorama der verschiedenen Formen von Devianz bzw. Kriminalität sowie ihrer Bekämpfung in der Tschechoslowakei und der DDR. Wie die beiden Hrsg. im einführernden Beitrag betonen, sollte laut Theorie im Sozialismus die Kriminalität endgültig überwunden werden. Marxisten gehen davon aus, dass der Mensch sich aufgrund von sozialen Nöten und gesellschaftlicher Ungerechtigkeit unmoralisch bzw. unsozial verhält. Da in einer sozialistischen Gesellschaft die ökonomischen Faktoren asozialer Handlungen theoretisch aufgehoben sind, sollte dort die Kriminalität allmählich verschwinden. Der Neue Mensch, der Entfremdungen nicht kennt, verhält sich gerecht und solidarisch. Die Realität in den realexistierenden sozialistischen Ländern sah jedoch anders aus. Die anhaltende Kriminalität, die es nicht geben sollte, wurde jetzt als Devianz bzw. als abnormales Verhalten betrachtet und als solches mittels Überwachung sowie Disziplinierungsmaßnahmen hart bekämpft. Mit dem „asozialen Verhalten“ wurden sowohl „Unruhestifter“, „Schmarotzer“ und „Hooligans“ als auch „Außenseiter“ sowie Sinti und Roma assoziiert und aus diesem Grund verfolgt (S. 3, 50).

Im ersten Teil des Buches werden in den Aufsätzen von Thomas Lindenberger, Michal Pullmann und Volker Zimmermann die für die DDR und die Tschechoslowakei spezifischen Ausformungen des staatlichen Versprechens eines ruhigen und sicheren Lebens für die Angehörigen der „ordentlichen“ Mehrheitsgesellschaft erörtert. In den beiden Ländern starb der Staat nicht aus, wie von der marxistischen Theorie angenommen. Er wurde im Gegenteil aufgebläht und laut Lindenberger zum Erben des alten kontinentaleuropäischen Polizeistaats. Eine Militarisierung der Gesellschaft setzte ein, nicht zuletzt um die durch Aufstände herausgeforderte Herrschaft der sozialistischen Parteien zu verteidigen und zu garantieren. Darüber hinausgehend wurde Sicherheit als die Voraussetzung der ersehnten wirtschaftlichen Entwicklung gesehen. Dies führte dazu, dass alle, die in irgendeiner Weise die vom Staat definierte Normalität und die sozialistische Ordnung in Frage stellten, als Kriminelle gebrandmarkt und verfolgt wurden. Es kam zu einer Hypertrophie polizeilicher Aufgabenbereiche und Polizeiorgane. 1990 waren in der DDR fast zweieinhalb Mal mehr uniformierte Polizisten tätig als in der Bundesrepublik (818 gegenüber 347 auf 100 000 Einwohner). Dazu kamen noch mehr als 90 000 hauptamtliche Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (S. 15). Das Versprechen von öffentlicher Ruhe wurde, so Pullmann, zur wahren Ideologie des realexistierenden Sozialismus. Im Alltag herrschte aber eine alltägliche Gewalt in Form von Vandalismus, Körperverletzung, Erpressung, Korruption, Diebstahl öffentlicher Güter und Drogenkonsum. Zimmermann zeigt, dass die Kriminalitätsstatistiken je nach politischen Erfordernissen neu „justiert“ wurden (S. 61). Angesichts anhaltender Verbrechen gingen die Kriminologen der DDR von einer „Relikttheorie“ zu einem „Widerspruchsansatz“ über (S. 65): Die Kriminalität wurde nicht weiter als ein Relikt aus der Vergangenheit, sondern als Ergebnis von Widersprüchen in der Zwischenphase vom Kapitalismus zum Kommunismus angesehen.

Im zweiten Teil werden die „sozialistischen Ordnungshüter“ als Teil des Herrschaftsmechanismus untersucht. Die von Tobias Wunschik erwähnte Durchdringung der Volkspolizei durch die Staatssicherheit war seiner Auffassung nach die logische Folge der